

Kapitalmarktausblick

Kalenderwoche 46

Stand 12.11.2018



- **Aktienmärkte:** Amerikanische Aktien stiegen in der letzten Woche - gaben zu Wochenende jedoch einen Teil ihrer Gewinne wieder ab. Value Aktien waren weiterhin Outperformer. Technologie-Aktien liefen weiterhin schlechter als der breite Markt. Aktien aus dem Bereich des Gesundheitssektors outperformten, nachdem die Demokraten die Mehrheit der Sitze im Repräsentantenhaus errungen hatten, was scheinbar eine Fortsetzung der Subventionen im Rahmen des Affordable Care Act garantierte. Generell stiegen die Aktienmärkte nach jeder Zwischenwahl seit 1946.
- Der europäische STOXX 600-Index war relativ unverändert. Belastend wirkten die Angst vor steigenden US-Zinssätzen, enttäuschenden Gewinnen, Sorgen über die wachsende Kluft Italiens gegenüber der Europäischen Union und anhaltende Anzeichen, dass Handelsspannungen die Volkswirtschaften in der gesamten Region beeinträchtigen. Die Einkaufsmanagerindizes des Euroraums sanken im Oktober auf 53,1 (niedrigster Stand seit September 2016). In Italien sank der Einkaufsmanagerindex im Oktober auf unter 50. Dies deutet darauf hin, dass das italienische BIP im vierten Quartal wahrscheinlich schrumpfen wird.
- **Rohstoffe:** Unterdessen ließ ein anhaltender Rückgang der Ölpreise die Frage aufkommen, ob sich die globale Nachfrage verlangsamt und stellt die allgemeine Gesundheit der Weltwirtschaft in Frage. Zudem belastete der weitere Anstieg der Ölvorräte. Das Rohöl befindet sich nun seit dem Hoch vom Oktober nach einem Kursrückgang von 20 % in einem Bärenmarkt.
- **Anleihen:** Die gemischten Wirtschaftsdaten und das Ausbleiben von Überraschungen bei den Zwischenwahlen hielten die Renditen längerfristiger Staatsanleihen für die Woche in etwa unverändert.
- Die italienischen Anleihen gerieten unter Druck, nachdem die EU Italien gewarnt hatte, die EU-Grenze von 3% des Haushaltsdefizits im Jahr 2020 zu überschreiten, falls die Regierung ihre derzeitigen Ausgabenpläne fortsetzt. Mit der Warnung hat die EU den Druck auf Italien erhöht und ihre Haushaltsannahmen in Frage gestellt.